

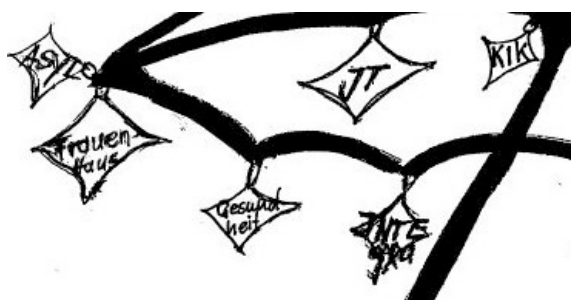
Schulen und unterschiedliche Sozialleistungen). Einen Gestaltungsspielraum gibt es lediglich für einen kleineren Teil, der über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus zur Verfügung steht: die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“. Das sind rund 14 Mio. Euro. Mit diesen Mitteln kann eigenständige Kommunal-Politik gemacht werden. Dieses Geld kann zur Finanzierung von Einrichtungen und Leistungen ausgegeben oder umgeschichtet oder gekürzt werden. Allein mit Einsparungen im Bereich der Freiwilligen Leistungen ist aber ein dauerhafter Schuldenabbau nicht möglich.

Ein unmoralisches Angebot: Entschuldung mit dem Zukunftsvertrag

Das Land Niedersachsen bietet den Kommunen eine Entschuldungshilfe an. Auf Grundlage des sogenannten Zukunftsvertrags kann auch Göttingen einen Vertrag mit dem Land Niedersachsen vereinbaren: Wenn Göttingen ab 2013 für die nächsten 10 Jahre einen ausgeglichenen Haushalt herstellt (d.h. zukünftig drastisch die Einnahmen erhöht und/oder Ausgaben kürzt), übernimmt Niedersachsen in dieser Zeit bis zu 75% der Zins- und Tilgungszahlungen der Kassenkredite vom Stand Ende 2009.

Zunächst liest sich das Angebot in etwa so: Göttingen muss nur ein paar Jahre ordentlich sparen, dann sind wir unsere Schulden und alle Sorgen los. Doch das stimmt nicht:

- Die geforderten Kürzungen wären immens und würden die Göttinger Infrastruktur nachhaltig schädigen. Geschlossene Theater, Freibäder, Jugendzentren, Beratungsstellen u.ä. lassen sich nach 10 Jahren nicht einfach wieder öffnen.
- Dabei ist eine spürbare finanzielle Entlastung mit dem Zukunftsvertrag ohnehin nicht zu erreichen: 1. Es ist vom Land bei weitem nicht vorgesehen, die angelaufenen Schulden in voller Höhe zu übernehmen. 2. Der Fonds, aus dem die Entschuldung gezahlt werden soll, wird nur zur Hälfte vom Land gefüllt, die andere Hälfte soll von den Kommunen selbst (!) beigesteuert



werden. 3. Das Land zahlt in den Fonds höchstens 35 Mio. Euro jährlich – wenn noch andere Kommunen neben Göttingen die Entschuldungshilfe beantragen, reicht es für alle hinten und vorne nicht. Fazit: Göttingen würde sich sozial und kulturell kaputt kürzen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, bekäme aber am Ende sicher nicht die versprochene und erhoffte Entschuldung.

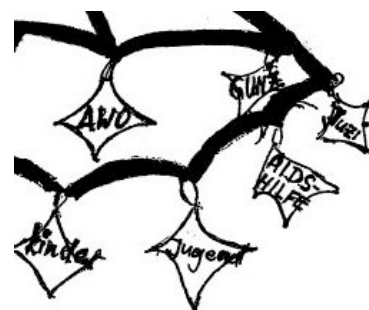
Göttinger Stadtrat vernebelt, verdrängt und spaltet

Fast alle der im Göttinger Stadtrat vertretenen Parteien haben in den letzten Wochen versucht, einen geplanten sozialen Kahlschlag zu verheimlichen. Eine Chronologie:

- 2011: Im Finanzausschuss, in dem alle Parteien vertreten sind, wird schon seit einiger Zeit über die Möglichkeiten des Zukunftsvertrags beraten.
- Frühjahr 2011: Um die zu erwartenden Kürzungen einmal vor Augen zu haben, erstellt die Verwaltung im Auftrag eine mögliche Streichliste. Da bei diesem Vorschlag der Ernstfall

durchgespielt wird, gilt diese Liste auch als durchaus ernst zu nehmen. Über die teils drastischen Auswirkungen für die Göttinger Bevölkerung ist Stillschweigen vereinbart.

- *Juni 2011*: Eine Partei meldet in einer Pressemitteilung ihr Unbehagen über den Zeitdruck zur Unterzeichnung des Entschuldungsvertrags an, eine andere veröffentlicht die geheime Streichliste.
- *15.06.2011*: In einer von breiten Protesten begleiteten Sitzung des Stadtrats stimmen bis auf eine Fraktion alle dafür, 1. die Möglichkeiten des Zukunftsvertrags nach der Kommunalwahl weiter zu prüfen, 2. dazu den Oberbürgermeister Anfang 2012 in konkrete Verhandlungen mit dem Land zu schicken sowie 3. auf eine breite Bestandssicherung für soziale und kulturelle Einrichtungen in Göttingen zu verzichten. Unverständnis der Öffentlichkeit: Obwohl zu diesem Zeitpunkt die Nicht-Eignung des Zukunftsvertrags zur Beseitigung der Göttinger Finanzprobleme (s.o.) allen Beteiligten bekannt ist, wird diese Möglichkeit bewusst offen gehalten. Gleichzeitig soll dieses Thema im Kommunalwahlkampf vermieden werden. Die Prüfung der Möglichkeiten eines Entschuldungsvertrags wird sich viele Monate, vielleicht Jahre hinziehen – wertvolle Zeit zur Lösung der Finanzprobleme in Göttingen verstreicht dabei ungenutzt.



- *04.07.2011*: In einer Sondersitzung des Stadtrats stimmen bis auf eine Fraktion alle dafür, 1. dem Göttinger Symphonie Orchester und dem Deutschen Theater für die nächsten drei Jahre Bestandsschutz zu geben sowie auf Nachfrage 2. allen anderen Kultureinrichtungen und allen anderen Einrichtungen diesen Bestandsschutz zu verweigern. Manche Begründungen im Rat verweisen offen darauf, dass dem kommenden Stadtrat noch Spielraum zum Kürzen gelassen werden solle. Im übrigen wolle man die Bevölkerung darüber mitentscheiden lassen wo gekürzt werden soll. Die Öffentlichkeit zeigt in dieser Sitzung erneut ihr Unverständnis, dass die Verträge mit dem GSO und dem DT mit Mitteln aus den Freiwilligen Leistungen verlängert werden, dies aber anderen Einrichtungen, die auf die gleichen Leistungen angewiesen sind, verweigert wird. Das bedeutet, bei gleichzeitigem Festhalten an Planungen zum Zukunftsvertrag, diese anderen Einrichtungen bewusst als Kandidatinnen für künftige Kürzungen vorzusehen und damit ihre Existenz aufs Spiel zu setzen.

Geld ist genug da – auch für Göttingen

Wenn auf der einen Seite überlegt wird, aus Geldnot lieber das Junge Theater zu schließen oder ein Freibad oder doch etwas anderes, dann lässt sich auf der anderen Seite nur feststellen: Geld ist genug da! Um Banken und FinanzspekulantInnen zu retten, wurden auf Bundesebene innerhalb von Tagen ohne Parlamentsbeschluss rund 500 Mrd. Euro an Kreditgarantien und 100 Mrd. Euro direkte Finanzhilfen (u.a für die bankrotte HRE) aufgebracht. Im Bund fallen zudem in den nächsten drei Jahren laut neuester Steuerschätzung Mehreinnahmen von ca. 135 Mrd. Euro an. Davon möchte die FDP Steuererleichterungen für ihre WählerInnen durchsetzen, dagegen wollen CDU, SPD und Grüne die Bundesschulden senken – statt die Kommunen aus ihrer Finanznot zu befreien. Und nicht zuletzt vermehren sich in Deutschland ungefähr 4,5 Billionen (12 Nullen) Euro Privatvermögen mit

Zinseszinsen, wovon kein müder Euro Vermögenssteuer bezahlt wird. Von den Geldern auf Schweizer und anderen Konten ist dabei noch gar nicht die Rede.



Die Untergliederungen fast aller Parteien in Göttingen beschwerten sich lautstark in alle Richtungen, es gebe zu wenige Einnahmen aus den Steuern von Bund und Land. Aber gegen ihre eigenen Partei- und Fraktionsführungen im Bund, die diese Politik beschließen, schweigen sie und halten still – ja vertreten deren zerstörerische Politik noch als unvermeidlich im Interesse des Landes und der BürgerInnen.

Nur wenn auf Bundesebene entsprechende Gesetze erlassen werden, die Kommunen ausreichend mit Geld auszustatten, z.B. indem

- **das Geld der VermögensbesitzerInnen besteuert wird,**
- **Einkommen von GroßverdienerInnen deutlich höher besteuert werden und**
- **Mehreinnahmen auf Bundesebene den Kommunen zufließen,**

lassen sich die Schuldenprobleme der Kommunen – auch von Göttingen – lösen.

Von den Parteien erwarten wir zwei Versprechen...

1. **Allen Göttinger Einrichtungen** aus den Bereichen Soziales, Kultur, Jugend, Umwelt, Freizeit u.ä., die für ihre Arbeit in Göttingen (freiwillige) Zuschüsse aus dem Göttinger Haushalt erhalten, wird ein **mindestens dreijähriger Bestandsschutz, mindestens auf dem bestehenden Niveau gewährt** – wie dies vor wenigen Wochen für das Göttinger Symphonie Orchester und das Deutsche Theater beschlossen wurde!

2. **Die kommunalen Parteiverbände und Fraktionen im Stadtrat** üben vor und nach der Wahl gemeinsam, nachhaltig und öffentlich **Druck auf ihre eigenen Bundes- und Landesparteien** aus, um eine ausreichende finanzielle Ausstattung von Göttingen und aller Kommunen zu erreichen!

Für ein lebenswertes Göttingen

Göttingen ist lebenswert, weil sich hier viele Menschen einbringen, mit ihren Ideen, Projekten, ihrem Engagement für die Mitmenschen. Göttingen ist aber auch darauf angewiesen, dass die Herumeierei im Stadtrat endlich ein Ende findet. Dass auch Kommunal-PolitikerInnen ihre Mandate ihren Parteien verdanken, rechtfertigt nicht, dass sie die Interessen der BürgerInnen an einer ordentlichen Kommunalfinanzierung durch Bund und Land aus parteipolitischem Opportunismus verspielen.

Im Bündnis lebenswertes Göttingen sind viele Göttinger Einrichtungen, Initiativen und auch einige Einzelpersonen vertreten. Den Termin für das nächste Treffen erfahren Sie an unserem Stand oder per Mail.

Bündnis LEBENSWERTES GÖTTINGEN

SprecherInnenkreis

c/o Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zollstock 9a, 37081 Göttingen